



KLUBMAGAZIN DER FPÖ KÄRNTEN

AUSGABE 12/2018

Übler SPÖ-ÖVP-Stil: Nein zu wichtigen Projekten, nur weil FPÖ sie vorschlägt

Übler Stil der SPÖ-ÖVP-Landesregierung: Sie blockiert wichtige Vorhaben für die Kärntner Bevölkerung nur deshalb, weil die Initiativen dazu von der FPÖ ausgehen. Die „roten“ und „schwarzen“ Abgeordneten vereiteln im Landtag die rasche Einführung eines landesweiten kostengünstigen „Kärntner Seniorentickets“ für alle öffentlichen Verkehrsmittel zum Jahrespreis von maximal 299 Euro.

Sie verhindern ein Sonderbudget zur dringenden erforderlichen Sanierung des desolaten Straßennetzes. Insgesamt sind 40 Millionen € pro Jahr nötig, um den Bestand zu erhalten. Mit einem zusätzlichen „Aufholbudget“ sollte begonnen werden, die Versäumnisse der letzten Jahre zu reparieren.

„Das ist einzigartig. Die ÖVP, welche das Straßenressort führt und bei jeder Gelegenheit von einer angeblichen Bauoffensive spricht, verhindert, dass ihr Obmann die nötigen Mittel für Straßensanierungen bekommt“, kritisiert FPÖ-Landesparteichef Klubobmann Mag. Gernot Darmann.

Dasselbe Prinzip der Ablehnung eines wichtigen Landesprojektes, nur weil die FPÖ es fordert, zeigt sich beim „Öffi-Senirenticket“.

SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser kündigte öffentlich dessen Umsetzung an. Doch als am 20. September der entsprechende Dringlichkeitsantrag der FPÖ behandelt wurde, verließ er demonstrativ den Saal und die SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten lehnten die Dringlichkeit ab. Sie schieben das Thema unerledigt auf die lange Bank des Landtagsausschusses.

„Dieser Umgang von SPÖ und ÖVP mit Seniorenangelegenheiten ist eine bodenlose Frechheit!“, erklärt dazu KO Mag. Gernot Darmann. „Die FPÖ wird weiter für die Umsetzung des Senirentickets kämpfen“, verspricht er.

ABGELEHNT



Anti-Drogen-Politik: Defizite beheben!

„Der traurige Rekord an Suchtgifttoten (19) erfordert eine Zusammenarbeit aller Kräfte, um die seit Jahren bestehenden und von uns stets eingemahnten Defizite in der Antidrogen-Politik zu beheben“, fordert Klubobmann Mag. Gernot Darmann.

Zu allererst sei ein deutliches Bekenntnis notwendig, dass Regierung und Landtag den Konsum von illegalen Drogen verurteilen und eine Verharmlosung von Cannabis strikt ablehnen. Die SPÖ ist hier innerlich zerrissen, da die Sozialistische Jugend mit ihrem Kärntner Frontmann Luca Burgstaller die Freigabe von Cannabis fordert.

Darmann verweist darauf, dass Innenminister Herbert Kickl die Zahl der Drogenfahnder in Kärnten massiv erhöht hat. Seither werden viel mehr Dealer ausgeforscht. Im Zuge der geplanten Strafrechtsreform muss es für diese höhere Strafen geben.

Der Landessuchtplan, der vor 8 Jahren erstellt worden ist, muss dringend auf die aktuellen dramatischen Entwicklungen adaptiert werden.

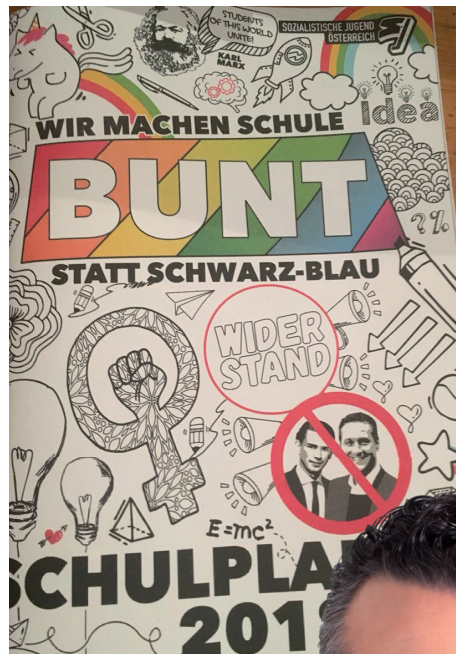
Es besteht in Kärnten ein Mangel an stationären Therapieplätzen, der dringend behoben werden muss.

Es ist unverständlich, dass LH-Stv. Beate Prettner angesichts dieser Defizite einen jahrelangen Kleinkrieg gegen den Verein „Oikos“ führt. Seit 23 Jahren betreut dieser österreichweit erfolgreich Suchtkranke, aber Prettner verweigert ihm einen neuen Vertrag.

LAbg. Mag. Elisabeth Dieringer-Granza kritisiert, dass derzeit von Schülern bzw. deren Eltern Kostenbeiträge verlangt werden, wenn Experten in der Präventionsarbeit Vorträge über illegale Drogen halten. Diese wichtige Aufklärung in Schulen muss kostenfrei sein.

Skandal: SPÖ-Werbung für Legalisierung von Cannabis an Schulen

In der Affäre rund um die SPÖ-Werbung, die Kärntner Kinder, Jugendliche und Schüler derzeit in die Hand gedrückt bekommen, forderte der Kärntner FPÖ-Chef Klubobmann Mag. Gernot Darmann den Kärntner SPÖ-Vorsitzenden Kaiser auf, die Verteilung sofort zu stoppen und sich bei den Eltern und Schülern zu entschuldigen.



„Die Verteilung einer SPÖ-Werbebroschüre an die Kärntner Schüler ist an sich schon eine Frechheit. Die Forderung zur Legalisierung von Cannabis in dieser roten Kampfschrift ist aber angesichts von bereits

19 Drogentoten in Kärnten ein Skandal. Die SPÖ verharmlost neuerlich Cannabis und macht Werbung in den Kärntner Schulen für diese Einstiegsdroge“, kritisiert Darmann scharf.

Laut Medienberichten schrecke die Kärntner SPÖ nicht einmal mehr davor zurück, die SPÖ-Werbezeitung, die als „Schulplaner“ getarnt ist, an zehnjährige Kinder zu verteilen. Dies löst zurecht großen Unmut bei den Eltern aus, so Darmann.

„Die SPÖ-Landesregierung soll endlich Maßnahmen gegen Drogen in Kärnten setzen, anstatt zu versuchen, die Kinder und Jugendlichen mit gefährlichen roten Weltanschauungen, wie etwa die Verharmlosung von Einstiegsdrogen, zu infizieren. Ich fordere Kaiser und Co. auf, die Verteilung der SPÖ-Werbebroschüre sofort zu stoppen und sich bei den Eltern und Schülern zu entschuldigen“, stellt der Kärntner FPÖ-Chef Gernot Darmann fest.





Kärntner FPÖ fordert: Straßen müssen endlich saniiert werden.

In den letzten Monaten haben sich die Kärntnerinnen und Kärntner über eine Vielzahl von kaputten Straßen in Kärnten beschwert. In einer gemeinsamen Pressekonferenz präsentierten der Kärntner FPÖ-Chef Mag. Gernot Darmann und FPÖ-Landespartei sekretär Bürgermeister Josef Ofner diese groben Mängel der Öffentlichkeit. Die Kärntner Landesregierung wurde aufgefordert, die betroffenen Straßenstellen sofort zu sanieren.

„Gerade aus der Sicht der Gemeinden sind die vielen desolaten Straßenabschnitte ein großes Problem. Die Straßen sind unsere Lebensadern, die seit 2013 von der SPÖ-geführten Regierung leider ausgeblutet werden. Der Zustand unserer Straßen ist für tägliche Pendler, genauso wie für Touristen unzumutbar. So wird auch die Abwanderung noch weiter gefördert“, so Ofner, der auch auf die Schwächung der regionalen Wirtschaft hinwies.

Harte Kritik übten Darmann und Ofner auch an Finanzreferentin Schanig. Sie sitze in ihrem Elfenbeinturm in der Landesregierung und habe keine Sicht auf die Probleme und Notwendigkei-

ten im Land. „Die Probleme bei den Landesstraßen sind aber seit vielen Jahren bekannt.

Vor der rot-schwarz-grünen Koalition hat es noch ein Straßenbaubudget von rund 38 Mio. Euro gegeben. 2014 wurde es um 15 Mio. Euro im Jahr gekürzt, obwohl allein für den Erhalt des derzeitigen desolaten Zustandes der Straßen in Kärnten ein jährliches Budget in Höhe von zumindest 40 Mio. Euro notwendig wäre“, so Darmann und Ofner.

Darmann und Ofner.



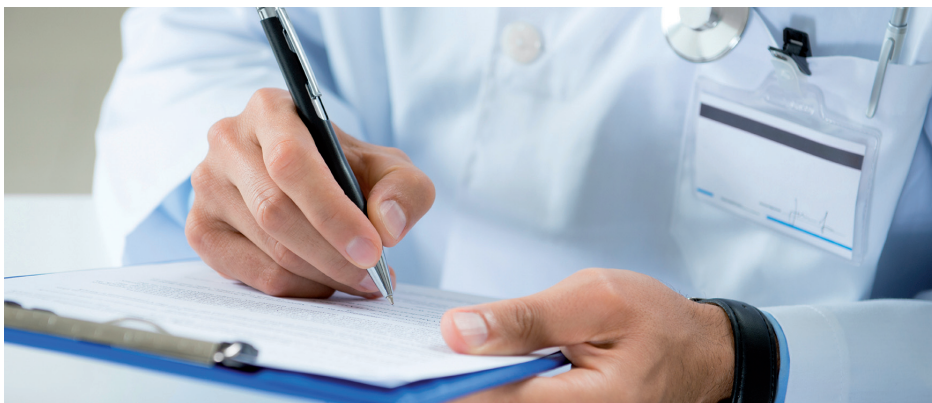
Mehr Förderung für Kärntner Unternehmer

Auch der Jahresbericht 2017 des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF) zeigt, dass gerade die kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Kärnten kaum mehr Förderungen bekommen. Dies kritisierten der Landtagsabgeordnete Dietmar Rauter und der 3. Landtagspräsident Josef Lobnig im Rahmen der letzten Landtagssitzung scharf.

„Im letzten Jahr sind nur noch rund 13 Millionen Euro in die Kärntner Wirtschaft geflossen. Der Löwenanteil davon auch noch in Großunternehmen. Für viele kleine Unternehmen sind die komplizierten Richtlinien und die strengen Bedingungen eine viel zu große Hürde, sodass trotz Anspruchsberechtigung viele gar keine Unterstützung beantragen. Jene die es trotzdem tun, bekommen oftmals nur ein paar hundert Euro an Förderung. Das ist eine Zumutung für die kleinen Kärntner Betriebe, die das Rückgrat der Kärntner Wirtschaft bilden“, so Rauter und Lobnig.

Sie kritisierten in diesem Zusammenhang auch noch die hohen Personalkosten des KWF und der BABEG von mehreren Millionen Euro im Jahr: „Die Personalkosten in den Landesgesellschaften ufern aus, wir fordern hier eine Reduzierung der Geschäftsführerposition und Einsparungen im Verwaltungsbereich. Bisher haben SPÖ und ÖVP diese Streichung abgelehnt. Wir werden aber weiterhin jede Steuergeldverschwendung und jeglichen rot-schwarzen Postenschacher schonungslos im Sinne der Kärntner Unternehmer aufzeigen.“





Kassenreform: GKK Kärnten macht bei SPÖ-Angstpropaganda mit

Mit Unverständnis reagiert Kärntens FPÖ-Parteichef Klubobmann Mag. Gernot Darmann darauf, dass sich die GKK Kärnten zum Instrument der SPÖ-Angstpropaganda gegen die geplante Gesundheitsreform der Bundesregierung macht.

Die „roten“ AK- und GKK-Funktionäre in Kärnten tun so, als ob sie bisher eine großartige Versorgung gewährleistet hätten. Wahr sei das Gegenteil. Im Vergleich zu anderen Bundesländern war Kärnten bisher benachteiligt.

„Erst dank des Reformdrucks der Regierung erhalten alle Kärntner GKK-Versicherten seit kurzem endlich gleich hohe Zuschüsse für medizinische Hilfsmittel bzw. Physio-, Ergo- und Psychotherapie. „Die Kärntner GKK hat bisher im Bundesvergleich minimale Zuzahlungen gewährt. Diese Ungerechtigkeit wurde beseitigt, weil die Bundesregierung nach dem Prinzip ´gleiche Kassenbeiträge, gleiche Leistung´ in ganz Österreich einheitliche Sätze durchgesetzt hat“, betont Darmann. Diese Logik gelte zukünftig beim gesamten Leistungsangebot.

Kärnten zählte in den letzten Jahren auch zu den Ländern mit der geringsten Anzahl an Kassenfachärzten, sodass Zehntausende Kärntner Versicherte zu Wahlärzten ausweichen müssen. Bei denen müssen sie privat zahlen und von der GKK erhalten sie nur einen kleinen Teil dieser Honorare zurück“, betont Darmann.

Darmann weist auch darauf hin, dass die GKK Kärnten ein Hort von Privilegien sei, wenn man die vom Rechnungshof gerügten

hohen Frühpensions-Zuzahlungen und die bundesweit höchsten ausbezahlten Jubiläumsgelder betrachte. Sie habe auch einen teuren Kontrollapparat für alle niedergelassenen Ärzte aufgebaut, der laut letztem Jahresbericht 27.000 von Ärzten ausgestellte Rezepte ablehnt bzw. korrigiert hat. „An jedem Arbeitstag zwingt die GKK Dutzende Ärzte dazu, dass sie wegen eines Medikamentes für die Patienten mit ihr herumstreiten müssen. Bei dieser Flut an Schikanen dürfen wir uns nicht wundern, dass den Ärzten die Lust vergeht. Sie wollen Medizin betreiben und nicht mit den Kassenbürokraten darüber streiten, was sie dem Patienten geben dürfen“, führt Darmann aus. Hier könne man viel Ressourcen einsparen, die sinnvoller für die Patienten eingesetzt werden können, argumentiert Darmann.

Auch die von der Regierung geplante Reduktion der Funktionäre sei sinnvoll. Viele von ihnen, z.B. die Mitglieder der Generalversammlung der GKK Kärnten, seien selbst für die GKK so unbedeutend, dass sie diese nicht einmal auf ihrer Homepage namentlich anführt. „Die wenigsten Versicherten wissen, wer ihre Vertreter in den Kassen sind, aber das hindert die SPÖ nicht, deren Reduzierung zu beklagen, zeigt Darmann die Unglaubwürdigkeit der SPÖ-Propaganda auf.

Kein Ruhmesblatt

Es ist kein Ruhmesblatt für das Land Kärnten, wenn bei einem wichtigen Stipendium für junge Wissenschaftler der ehemaligen SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer als Sponsor aufscheint. Dieser wird im Zusammenhang mit einem dubiosen millionenschweren Lobbying für Exkommunisten in der Ukraine samt diskreten Zahlungen über Offshore-Konten in internationalen Medien genannt.

FPÖ-Chef Klubobmann Mag. Gernot Darmann fordert daher SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser auf, diese fragwürdige „Zusammenarbeit“ mit seinem Genossen Gusenbauer einzustellen und sich um andere Geldgeber für das Stipendium zu bemühen.

„Nach dem ´Silberstein-Skandal´, der weiter der SPÖ anhaftet, ist auch Silberstein-Spezi Alfred Gusenbauer längst eine Belastung für den Ruf des Landes Kärnten. Eine weitere Zusammenarbeit ist Kärnten abträglich. Ich erwarte daher von Peter Kaiser eine Distanzierung und die notwendigen Schritte.

Seezugang sichern

Freie Zugänge zu den Kärntner Seen sichern. Damit macht SPÖ-LH Peter Kaiser seit langem Werbung. KO Mag. Gernot Darmann fordert ihn auf, den Worten Taten folgen zu lassen und alles zu tun, damit sich das Land Eigentumsrechte am Kropfischbad in Krumpendorf zum Wohl der Bevölkerung sichert.

Das Land sei gefordert, in Verhandlungen mit dem Eigentümer zu treten. Das Abschieben der Verantwortung vom Landeshauptmann-Büro auf die Seeimmobiliengesellschaft und Landesrat Zafoschnig sei unzumutbar. „Die Aussagen aus dem Büro Kaiser und das Abwälzen der Zuständigkeit bei so wichtigen Themen sind wieder einmal typisch. Davon hat die Bevölkerung überhaupt nichts. Wenn es um das mediale Abfeiern neuer freier Seezugänge geht, ist Kaiser immer als erster zur Stelle, aber wenn es ums Entscheiden geht, ist wieder einmal keiner zuständig!“, kritisiert der FPÖ-Chef.